

# Laibacher Zeitung.

N. 92.

Freitag am 23. April

1852.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedwede Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Nichtamtlicher Theil. Correspondenzen.

Mantua, 19. April.

G. M. Heute erhalte ich Berichte aus Modena über die glückliche Ankunft Ihrer kais. Hoheiten des Großfürsten Constantin und der Großfürstin Alexandra von Rußland in jener Stadt. Am 15. Mittags waren der Herzog und die Herzogin von Modena den hohen Gästen bis an die Gränze des Staates entgegengeehrt, wo die hohen Reisenden in den Wagen des Herzogs stiegen. Als sie den Einzug um 7 Uhr Abends in die Stadt hielten, wurden Hochdieselben von der Nobelgarde bis zum königlichen Palast begleitet, wo sie von den hohen Beamten des Hofes empfangen wurden, während Kanonenschüsse die Ankunft des Großfürsten und des Herzogs der Bevölkerung ankündigten. Die Straßen, durch welche Ihre kais. Hoheiten fuhrten, und auf welchen die österreichischen und estensischen Truppen in Parade standen, waren festlich geschmückt und auf allen beleuchteten Fenstern hingen vielfarbige Teppiche. Eine große Zahl Wagen des Adels der Stadt hatte sich beim Einzuge den Hofwägen angereiht. Um 10 Uhr Abends erschienen Ihre kais. Hoheiten im Teatro comunale, vom Volke enthusiastisch empfangen. — Heute wurde der greise Feldmarschall Radecky aus Venedig in Verona erwartet.

## O e s t e r r e i c h.

Wien, 21. April. In der gestrigen 57. Zollconferenz wurde das Schlussprotocoll über die hiesigen handelspolitischen Beratungen unterzeichnet. Hannover hatte seine Erklärung bereits in der vorausgegangenen 56. Conferenz abgegeben.

Hierauf hielt Se. Excellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des kais. Hauses, Graf Buol-Schauenstein, folgende Abschiedsrede:

„Mit der Unterzeichnung des so eben vollzogenen Schlussprotocolls ist die Aufgabe vollendet, welche Sie, meine hochgeehrten Herren, hieher geführt hatte und deren Lösung Sie sich, in Gemeinschaft mit denjenigen Mitgliedern dieser Versammlung, die an der heutigen letzten Zusammentretung nicht mehr Theil zu nehmen vermochten, mit so regem Eifer, tiefer Sachkenntnis und dankenswerther Ausdauer gewidmet haben.“

„Es ist zu Stande gekommen, was der große Staatsmann, der Ihre Versammlungen vor vierhalb Monaten eröffnet hat, und dessen frühes Hinscheiden wir Alle so innig betrauern, in seiner denkwürdigen Einleitungsrede als wünschenswerth bezeichnete.“

„Es wurde ein Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollvereine entworfen, der jenem, welcher im Jahre 1829 zwischen Preußen, Baiern, Würtemberg und den beiden Hessen abgeschlossen worden, und aus welchem der Zollverein in seiner jetzigen Gestalt sich entwickelte, nachgebildet ist, und demselben an eindringlicher Erwägung der gegenseitigen Bedürfnisse, wie an umsichtiger Ausarbeitung der einzelnen Details gewiß nicht nachsteht, zugleich in vollem Maße den Zweck erfüllt, durch enge Verknüpfung der Industrie- und Handels-Interessen die völlige Zollvereinigung vorzubereiten, und, in Unter-

stützung der Thätigkeit der Bundesversammlung, jene wolthätigen, völkerrechtlichen Bestimmungen zur Beförderung des Handels und Verkehrs, welche dieselbe für ganz Deutschland in das Leben zu rufen bemüht ist, wenigstens für die Staaten zur Geltung zu bringen, die an jenem Handelsvertrage sich betheiligen wollen.“

„Es wurde ferner der Entwurf eines Zollvereinigungsvertrages zwischen Oesterreich und den Staaten des Zollvereins vollendet, welcher — ohne den Organismus des letzteren zu beirren und ohne erworbene Stellungen zu beeinträchtigen, vorbereitet durch die in dem Handelsvertrage begründete Gleichheit der Grundsätze, Uebereinstimmung der Einrichtungen und Annäherung der Tarife, und sich stützend auf den wohlwollenden und gerechten Vertheilungsmaßstab für die gemeinsamen Einkünfte — nach Ablauf des Handelsvertrages in Wirksamkeit zu treten haben würde.“

„An unserm Werke mag allerdings Manches auszulassen seyn und Manches vermist werden. Man wird uns jedoch die Anerkennung nicht versagen können, daß wir uns von extremen Parteinichten ferne gehalten haben, durchweg Brauchbares und practisch Ausführbares darbieten, und in keiner Beziehung über die durch die Verhältnisse gebotenen Gränzen hinausgegangen sind.“

„Diese Gränzen haben wir nicht minder, wie ich gegenüber sich äußernden ungegründeten Befürchtungen und Hoffnungen hervorzuheben mich für verpflichtet halte, auch in anderen Beziehungen getreu zu beachten gewußt.“

„Wir haben dem in der Eröffnungsrede des Fürsten von Schwarzenberg ausgedrückten Wunsche entsprochen, indem wir nur „Entwürfe ausgearbeitet, endgiltige Beschlüsse aber nicht gefaßt haben,“ und ich hege die vertrauensvolle Erwartung, daß das von Oesterreich und den anderen hier vertretenen Regierungen beobachtete rücksichtsvolle Verfahren nicht ohne günstige Rückwirkung bleiben werde.“

„Wir müssen nämlich, wenn anders die gemeinnützigen Anträge, welche wir stellen, verwirklicht werden sollen, Werth darauf legen, daß auch in den nunmehr in Berlin eröffneten Conferenzen hinsichtlich der Verträge über die Neugestaltung des Zollvereins bindende Vereinbarungen nicht früher Statt finden mögen, als bis der Handels- und Zollvereinigungsvertrag mit Oesterreich verhandelt worden und zum gleichzeitigen Abschlusse reif seyn wird. Sie haben sich selbst überzeugt, meine hochverehrten Herren, und Ihre Arbeit legt hierüber das sprechendste Zeugniß ab, daß ohne mannigfache Aenderungen des Zollvereins ein Handelsvertrag so enger Art, als wir Alle ihn wünschen müssen, unmöglich sey, und daß namentlich großartige gegenseitige Zollbegünstigungen durch solche Aenderungen bedingt werden. Ueberdies stehen manche Bestimmungen der von Ihnen verfaßten Entwürfe mit den Zollvereinsverträgen in so enger Verbindung, daß sie nicht anders als im Zusammenhange mit denselben ausgetragen werden können, und endlich hat Oesterreich auf den Wunsch der hier vertretenen Regierungen sich bereit erklärt, zu dem Zwecke der Zoll- und Handelseinigung die Grundsätze und Einrichtungen des Zollvereins in seine Gesetzgebung aufzunehmen; eine solche Erklärung kann aber offenbar nur auf die bereits bekannten und erprobten Bestimmungen dieses Vereines sich beziehen und sie

entfällt, sobald einseitig, ohne Einvernehmen mit Oesterreich, Aenderungen jener Bestimmungen beliebt werden.“

„Aber auch in der Ausführung wird es kaum möglich seyn, zuerst die zu erneuernden Zollvereinsverträge durch alle die vielen Stadien der Berathung, des Abschlusses und der Ratification, so wie der Erörterung und Mitgenehmigung in den einzelnen gesetzgebenden Körpern durchzuführen, und gleich darauf die Verträge mit Oesterreich, durch welche jene Vereinbarungen, in Folge der unterbliebenen Betheiligung des kais. Hofes an den dießfälligen Verhandlungen wieder vielfach abgeändert werden müßten, den gleichen Kreislauf durchgehen zu lassen.“

„Jeder Sachkundige, welcher das Zustandekommen einer engen, die dereinstige Handels- und Zollvereinigung verbürgenden Verbindung zwischen Oesterreich und dem Zollvereine ernstlich will, wird mit uns die Ueberzeugung theilen, daß nur eine gemeinsame Verhandlung über jene Zollvereinsverträge und diese Handelsverbindung und ein gleichzeitiger Abschluß Beider, die eben dargestellten Schwierigkeiten zu besiegen vermöge, und daß daher nur bei einer solchen Behandlung dieser so enge verbundenen Angelegenheiten die Verwirklichung der von uns angestrebten Einigung denkbar sey.“

„Ihre höchsten und hohen Regierungen — Zene sowohl, welche sich an der so eben erfolgten Unterzeichnung des Schlussprotocolls der Conferenzen in vollem Umfange betheiligt haben, als nicht minder auch Zene, die durch besondere, zur Zeit noch für sie obwaltende Rücksichten davon abgehalten worden sind — wünschen und wollen, wie ich fest überzeugt bin, ernstlich die Zollvereinigung zwischen Oesterreich und dem Zollvereine, und erkennen in derselben den sichersten Weg zur politischen Einigung Deutschlands, eine Bürgschaft dauernden Friedens und bleibender Wohlfahrt.“

„So Großes kann aber nur durch ernste und vereinte Anstrengungen, vor Allem aber durch Ausdauer und Selbstverläugnung, errungen werden. Nur wer dem gemeinsamen Zwecke seinen Antheil an den Opfern, welche derselbe erheischt, darzubringen bereit ist, kann darauf zählen, auch seinen Antheil an den reichen Früchten zu ernten, die sich aus der Summe dieser Opfer entwickeln müssen.“

„In diesem Sinne bitte ich Sie Alle, meine hochverehrten Herren, jeder auf seinem Standpunkte, für die große Sache der Zoll- und Handelseinigung thätig zu seyn.“

„Ich schließe mit denselben Worten, welche einst der Fürst von Schwarzenberg an dieser Stelle an Sie gerichtet hat: „Das Gute und Nützliche, auf annehmbare Weise dargeboten und beharrlich und folgerichtig angestrebt, hat sich noch immer Anerkennung und Dank zu erringen gewußt.“

„Annehmbar haben Sie, meine Herren, den Handelsvertrag und die Zollvereinigung mit Oesterreich durch Ihre sachkundigen Vorschläge zu gestalten gewußt.“

„Was die zweite Bedingung betrifft, so kann ich Ihnen im Namen meines erlauchten Herrn und Kaisers die Zusicherung geben, daß von uns, ohngeachtet des empfindlichen Verlustes, den wir und die Sache, welche wir vertreten, durch den Tod des Mannes erlitten, der einer der Gründer und warmsten Förderer dieses großen Unternehmens in Oester-

reich gewesen, nichts desto weniger auch fernerhin eben so beharrlich und folgerecht nach dem Ziele gestrebt werden wird, welches wir uns in der einstigen Zolleinigung Deutschland's und Oesterreich's gesteckt haben."

"Dies ist der feste Entschluß des kaiserlichen Cabinetes und wird es auch unwandelbar bleiben."

Der k. bairische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Graf von Lerchenfeld-Köfering, sprach nachstehende Worte der Entgegnung:

"Ich glaube, den Gefühlen der hier versammelten Herren Bevollmächtigten gebührenden Ausdruck zu leihen, indem ich, als Erwiderung auf die an sie gerichteten Schlußworte Seiner Excellenz des kaiserlichen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Grafen Buol-Schauenstein, die Ueberzeugung ausspreche, daß, wenn es den vereinten Bemühungen gelungen ist, den abgehaltenen Conferenzen diejenige Bedeutung zu geben, die als Resultat vorliegt, — wenn es gelungen ist, das wirklich zu erreichen, was sich zunächst als erreichbar darstellte, — solches nur möglich war durch gemeinschaftliches Zusammenwirken, insbesondere aber durch das beharrliche Festhalten der kaiserlichen österreichischen Regierung an den aufgestellten Grundsätzen, durch ihr aufopferndes Entgegenkommen in allen Fragen, die der Ausgleichung bedurften, die zur Förderung führen konnten."

"Wiederholt wird es mir gestattet seyn, dem kaiserlichen Cabinet hiefür im Namen aller hier vertretenen Regierungen die vollste Anerkennung und den wärmsten Dank darzubringen, und die sichere Erwartung auszudrücken, daß der erhabene Gedanke der Verschmelzung bisher getrennt gewesener Interessen und einer Zolleinigung, wie sie die Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes erheischt und erkennt, zur Wirklichkeit werde."

"Die Zusicherungen, welche wir in dieser Beziehung so eben vernommen haben, können unsere Hoffnungen nur bestärken und die Fortsetzung der gemeinschaftlichen Bestrebungen über den Kreis der hiermit abgeschlossenen Zusammenkunft hinaustragen."

"Schmerzlich muß es dabei jeden Anwesenden berühren, daß es dem hohen, erleuchteten Staatsmanne, der die Versammlung eröffnete, nicht mehr gegönnt war, sie zum Schlusse geführt zu sehen."

"Werden auch die Gefühle der Trauer um solchen Verlust tief und lange empfunden, so darf mit Zuversicht eine Milderung in dem Ausspruche gefunden werden, daß die hohe kaiserliche Regierung den Grundsätzen auch fortdauernd treu bleibe, die ihr seither zur Richtschnur dienten, und daß sie an dem festhalte, was zu erstreben Fürst Schwarzenberg so kräftig bemüht gewesen und dem er so reiche Erfolge zu sichern wußte."

**Wien**, 20. April. Das Unterrichtsministerium hat bei dem Umstande, als im Sinne der politischen Schulverfassung alle Mädchen, welche der Elementarschule entwachsen sind, vom Anfange des 13. bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres zum Wiederholungsunterrichte verpflichtet sind, allen Schulvorständen nachdrücklich aufgetragen, für Eröffnung dieses Wiederholungsunterrichtes unverzüglich Sorge zu tragen.

— Zu den Mitteln, um die Getreidepreise anhaltend auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und zeitweiliger Theuerung vorzubeugen, welche durch Ankäufe von Leuten, die auf die Zukunft speculiren, verursacht wird, gehört unserer Ansicht nach die behördlich erhaltene Evidenz aller im Lande vorhandenen Getreidevorräthe. Für diese Ansicht spricht die jetzige Phase des Getreidehandels. Die Getreidepreise hatten sich bis jetzt auf ziemlich gleicher Höhe fest erhalten, weil angeblich eine Masse nach Böhmen, Sachsen und sogar nach Baiern verführt wurde! Nun tauchen aber auf ein Mal bisher unbekannt gebliebene Vorräthe allseitig auf und überall weichen die Preise. Dieß bezieht sich auf das Ausland. So hat die Schweiz ihre auswärtigen Einkäufe plötzlich eingestellt, eben so erscheinen auf den meisten preussischen Märkten bedeutende Massen Getreide zum Verkauf unter anhaltend weichenden Preisen und viele Schranken Baierns wurden der Art überführt,

daß große Mengen gar nicht verkauft werden konnten und eingelagert werden mußten. Dieß sind sprechende Beweise von dem Vorhandenseyn bisher unbekannt gebliebener Getreidevorräthe, die bei der Annäherung einer neuen Ernte zum Vorschein kommen. Wären sie in behördlicher Evidenz erhalten worden, die gar nicht so schwer herzustellen wäre, so hätten ganz sicher die Getreidepreise bisher einen andern, d. i. einen den wirklichen Verhältnissen angemessenen Stand behauptet.

— **Se. Exc. der Ban** hat bei dem Umstande, als die Kartoffelsäule fortwährend an Ausdehnung gewinnt, Anstalten getroffen, daß an ärmere Gränzer der Same der s. g. sibirischen Rübe zum Anbaue unentgeltlich vertheilt werde.

— Der Director der Realschule in Brünn, Herr Auspitz, hat dem hohen Unterrichtsministerium einen Plan zur Gründung von Handwerkereschulen vorgelegt.

— Der letzte Bericht des Comité's zur Erbauung eines tschechischen Nationaltheaters in Prag weist eine Summe von 87.859 fl. an subscribirten Geldern nach. Der Platz, wo das Nationaltheater erbaut werden soll, ist bereits ermittelt.

— Am 12. wurde in Bozen das zur Ausbildung armer Mädchen zu braven Dienstboten bestimmte „Elisabethinum“, welches unter dem Schutze und durch die Großmuth J. K. H. der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Elisabeth dort errichtet worden ist, mit einer vom hochw. Probst und Stadtpfarrer in der Hauscapelle gehaltenen heil. Messe, welcher eine herzliche Ansprache voranging, feierlich eröffnet.

Bereits sind 12 Mädchen aufgenommen, welche sofort die Wohnung beziehen und in die Pflege der Anstalt treten, bis sich ein passender Platz zu ihrer weitem Versorgung als Dienstboten darbietet. Für die Nähschule und zur Anleitung im Kleidermachen sind 3 Lehrerinnen angestellt; alle zur Hauswirtschaft gehörigen Geräthschaften und Mobilien sind bis zum kleinsten angeschafft, und die Lebensmittel für mehrere Monate schon eingestellt.

— In Ofen fand am 16. d. das Leichenbegängniß der Frau von Jankovics, gebornen Freiin von Pichler, Statt, die in dem hohen Alter von 93 Jahren gestorben ist. In ihrer Jugend Gespielin, später Hofdame der großen Kaiserin Maria Theresia, stand sie mit der unglücklichen Maria Antoinette bis zu deren tragischem Ende im vertraulichsten Briefwechsel.

— Das Personale für die Civilangelegenheiten bei dem k. k. General-Gouvernement zu Verona wurde mit a. h. Entschließung vom 29. v. M. systemisirt. Diese Behörde ist mithin als eine definitive Oberaufsichts-Behörde im politisch-administrativen Zweige für das lombardisch-venetianische Königreich zu betrachten.

— Sieben bis acht maskirte, mit Pistolen, Stöcken und Sichel bewaffnete Freier überfielen am 9. d. M. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends das Wirthshaus der Brüder Francesco und Giuseppe Volpi zu Rovio, Frazion Peschiera, im Bezirke von Mailand.

Vier begaben sich in das Schlafzimmer, öffneten die daselbst befindlichen Schränke und warfen alle darin befindlichen Wasch- und andere Sorten zur Erde, raubten eine goldene Halskette, 3 goldene Ringe und eine Summe in barem Gelde.

Die beiden Brüder Volpi verteidigten sich auf das Hartnäckigste gegen die Räuber, so zwar, daß sich dieselben flüchten mußten, wobei Einige von ihnen verwundet worden sind.

Die flüchtigen Räuber hinterließen mehrere Waffen und eine mit Blut besetzte Mütze.

Einer von den Verwundeten wurde am 10. d. M. Früh, nahe bei Porta Romana, mit 5 Wunden im Bauche, aufgefunden, und als gefährlich verwundet in das dortige Civilspital gebracht. Er heißt Giuseppe Campani und ist Karrenführer von Borgo St. Gotardo; auf die Uebrigen wird durch die Gend'armarie gefahndet.

**Zara**, 15. April. Der „Dff. Dalm.“ meldet aus den türkischen Gränzprovinzen:

„Kaum waren wenige Tage nach dem Abschlusse des jüngsten Waffenstillstandes zwischen den montenegrinischen Häuptlingen und den Delegationen des Bezirks von Albanien, Osman Pascha, verfloßen, als

zwei Montenegriner von zwei Albanesen aus Spuz erschlagen wurden.

Die ernste Beschwerde des zu Cattigne residirenden montenegrinischen Senats hat Osman Pascha veranlaßt, einen der beiden Schuldigen — der Andere war entflohen — verhaften, und dessen Haus niederbrennen zu lassen. Man glaubt, daß der Verhaftete und der Vater seines flüchtig gewordenen Gefährten mit äußerster Strenge behandelt werden dürften.

Die von Omer Pascha in Bosnien und der Herzegovina gegen die christliche Bevölkerung in Anwendung gebrachten strengen Maßregeln haben, wie es zu erwarten stand, einen sehr nachtheiligen Eindruck auf die in Albanien wohnenden Christen gemacht. Sie behaupteten, der Seraskier handle im schreienden Widerspruch mit seinen früher gemachten Versprechungen und Zusagen und sind im höchsten Grade gegen ihn entrüstet. Auch die in der Herzegovina längs der montenegrinischen Gränze wohnenden Christen weigern sich, die Waffen abzugeben, da sie derselben bedürfen, um Leben und Eigenthum gegen die räuberischen Montenegriner zu sichern. Die in der Kraina, in der Herzegovina, in Bosnien zerstreuten, kaum 10.000 Mann starken Truppen Omer Pascha's, die nur mit Hilfe der Christen die türkischen Insurgenten zu bemeistern vermochten, vermögen ihnen durchaus keinen Schutz zu gewähren. Auch die Bewohner der nächst der dalmatinischen Gränze liegenden Dörfer Jobzi und Kruscovizza wollen die Waffen nicht abgeben und beabsichtigen, falls man sie gewaltsam dazu zwingen wollte, sich auf dalmatinisches Gebiet zurückzuziehen.

In Cattaro ist der k. russische Oberst Kovolevski angekommen. Auf die Nachricht von seiner Ankunft verfügte sich der Präsident des montenegrinischen Senats, Peter Petrovich, und der Vize-Präsident Georg Petrovich mit mehreren Notabilitäten nach Cattaro, um ihn zu bewillkommen. Er reiste dann mit ihnen nach Cattigne, wohin auch der Wojwode von Grahovo berufen wurde, um Auskunft über die Beziehungen seines Bezirkes zur Pforte und die Rechtsansprüche zu geben, welche die Montenegriner auf Grahovo behaupten.

Für Rechnung des montenegrinischen Senats sind in Cattaro vier kleine Kanonen aus Triest angekommen.

## Deutschland.

**Berlin**, 18. April. Es unterliegt, wie schon erwähnt, keinem Zweifel, daß die süddeutschen Regierungen im Verein mit der königl. sächsischen die Zulassung eines österreichischen Bevollmächtigten verlangen werden. Mit größter Bestimmtheit werden Preußen und Hannover diese Anforderung zurückweisen. Sollten die süddeutschen Staaten von dieser ihrer ersten Forderung nicht abgehen oder sollten sie bei Nichterfüllung derselben dem Septembervertrage Schwierigkeiten in den Weg legen wollen, so schreckt man dießseits vor einer Auflösung des Zollvereins um so weniger zurück, als eine neue Zollverbindung bloß unter den norddeutschen Staaten wegen der größeren Conformität der Interessen ihre unverkennbaren Vorzüge hätte.

**Hamburg**, 18. April. In diesem Augenblicke, wo die Auflösung, oder richtiger gesagt, das Nichtzustandekommen der deutschen Flotte eine vollendete Thatsache ist, ist eine Bekanntmachung der „Rostocker Kaufmannsdeputation“ anfallend, welche zur öffentlichen Kunde bringt, daß bei derselben 4460 Thlr., aus freiwilligen Beiträgen für ein in Rostock zu bauendes Kriegsschiff der deutschen Marine fließend, zinsbar belegt sind. Ueber die künftige Verwendung dieser Summe findet sich in jenem Berichte keine Andeutung.

— Der König von Baiern hat den Vorstand der königl. Akademie der Wissenschaften und Professor Dr. v. Thiersch zum geheimen Rathe ernannt, und demselben das betreffende Decret eigenhändig zugestellt.

— **Se. Majestät der König von Baiern** beabsichtigt, den größeren Gesandtschaften Offiziere beizugeben, wie dieß neuerdings auch von Preußen beabsichtigt wird.

— Se. Heiligkeit der Papst hat der katholischen Kirche in Sobten durch den preussischen Gesandten in Rom ein schönes Madonnenbild als Geschenk zustellen lassen.

### Schweiz.

**Bern, 12. April.** Dem Gedanken einer Nationalsubscription zur Tilgung der Sonderbundsschuld, der von dem Genfer „Cercle national“ ausging, ist jetzt im Canton Luzern der einer Amnestie für die durch die Großrathsdecrete vom 3. Februar und 11. August 1848 politisch Verurtheilten aus jener Zeit gefolgt. Dieser Gedanke findet nicht nur bei den Conservativen, sondern selbst bei den Radicalen Anklang, und eine zu diesem Zwecke heringereichte Petition an den luzerner großen Rath bedeckt sich mit Unterschriften der Anhänger aller Parteien. Nur von einer Seite wird dieser Petition Opposition gemacht, und gerade von einer, von der man es nicht erwarten sollte — von Seiten der Regierung Luzerns, deren Organ, der „Volksmann“, auf das heftigste gegen dieses Unternehmen auftritt und sich selbst zu Drohungen gegen die Unterzeichner der Petition hinreißt. Die Redaction dieses Blattes leitet der bekannte Altschultheiß Dr. Steiger, eines der einflussreichsten Mitglieder der Regierung und jetziger Statthalter. Trotzdem hofft man, daß das Unternehmen rüstig vorwärts gehen und die Petition den gewünschten Eindruck auf den Großen Rath nicht verfehlen werde.

### Belgien.

**Brüssel, 18. April.** Gestern wurden die Kammern geschlossen. — Der zweite Sohn des Herzogs von Anmale, der erst drei Monate alt war, ist am 13. d. in Claremont gestorben.

### Frankreich.

**Paris, 15. April.** Ein merkwürdiges Doppelduell hat vorgestern zwischen vier Rheinbaiern, dem Gutsbesitzer Frey, einem jungen Apotheker aus Neustadt und zwei jungen Kaufleuten, Namens Völcker und Wold, Statt gefunden. Eine Discussion über die Nationalität der Pfalz gab dazu Veranlassung. Die Einen schlugen sich für Pfalzbaiern, die Anderen für Pfalzfrankreich. Zwei der Duellanten wurden jedoch unbedeutend, verwundet.

**Paris, 16. April.** Die „Patrie“ meldet: Man versichert, daß der Prinz Paul von Württemberg vor seinem Hinscheiden die protestantische Religion abgeschworen, sodann gebeichtet und die heilige Communion empfangen habe.

Das „Journal des Débats“ bestätigt diese Nachricht mit folgender Mittheilung:

„Der von einer tödtlichen Krankheit befallene Prinz Paul von Württemberg war seit einigen Tagen von den Aerzten aufgegeben. Vorgestern hatte er Besinnung und Sprache verloren. Der regierende Herzog von Nassau, Enkel des Prinzen, sein Schwager, der Marschall Jerome und sein Neffe, der Prinz Napoleon Bonaparte, sowie auch der russische und württemberg'sche Gesandte befanden sich an seinem Bett, als der päpstliche Nuntius in das Gemach des erlauchten Kranken trat.

Man weiß, daß der Prinz Paul, sowie die ganze königliche württemberg'sche Familie sich zur protestantischen Religion bekennen. Die Ankunft des Nuntius erregte eine lebhaftere Sensation. Es wurde die Erklärung abgegeben, daß der Prinz seit beiläufig vierzehn Tagen die protestantische Confession abgeschworen und sich zur katholischen Kirche bekehrt habe.

Der Herzog von Nassau und die übrigen Verwandten des Prinzen zogen sich zurück, ein Geistlicher von der Pfarre der St. Magdalenenkirche, der von dem Nuntius herbeigerufen wurde, reichte dem sterbenden Prinzen die letzten h. Sacramente der katholischen Kirche.“

Das „Bulletin des Lois“ enthält zwei Decrete, die Dotationen der Senatoren betreffend; demnach werden die Dotationen mittelst persönlichen Decreten verliehen; sie werden alle drei Monate ausbezahlt und in das große Buch der öffentlichen Schuld eingetragen; sie können nicht abgetragen und nicht mit

Beschlag belegt werden. Das Cumulirungsgesetz findet auf sie keine Anwendung, außer wenn das Dotirungsdecret anders bestimmt.

Durch ein Decret des Prinz-Präsidenten wird in Algier eine Messe gegründet, um zwischen den Franzosen und den Arabern häufigere Verbindungen herzustellen.

Die Deputirten des legislativen Körpers sind sehr ungehalten darüber, daß ihnen die Verbindung mit den Ministern erschwert wird. Es scheint, daß man sie an Audienztagen warten läßt, worüber sich viele derselben bitter beschwert haben.

Aus einer Debatte, die dieser Tage im Staatsrath über das Rehabilitationsgesetz Statt fand, soll nach der „Indep. Belge“ hervorgegangen seyn, daß der Staatsrath bei aller Ergebenheit gegen den Prinz-Präsidenten doch den Ministern gegenüber sich vollkommen unabhängig erhalten will.

Der „Moniteur“ enthält ein Circulare des Polizeiministers an die Präfecten, worin denselben das Verfahren auseinandergesetzt wird, dem die von den Departemental-Commissionen zur Internirung oder zur Ueberwachung verurtheilten Individuen unterworfen sind. Dieselben müssen sich alle 14 Tage vor dem Präfecten oder Unterpräfecten oder Maire, je nach dem Orte, wo sie sich befinden, melden. Im Unterlassungsfalle wird ein Protocoll aufgenommen und ein Bericht an den Polizeiminister eingeseudet. Außerdem kann die Behörde die durch Decret vom 5. März festgesetzte Strafe und die in Art. 10 des Strafgesetzbuches bestimmten Maßregeln anwenden. Will ein Individuum, welches überwacht oder internirt ist, eine Reise machen, so ist davon die Behörde des Ortes, wohin er sich begeben will, zu benachrichtigen. Der Internirte oder Ueberwachte muß jedoch früher die Bewilligung zur Reise erhalten haben. Will er sich wo anders ansiedeln, so kann die Behörde dieß nach ihrem Gutachten bewilligen, doch kann die Bewilligung im Falle eines Mißbrauchs zurückgenommen werden. Die Reise nach Paris ist jedoch nur selten und ausnahmsweise zu gestatten und nur in sehr wichtigen Fällen. Diese Bewilligung behält sich der Polizeiminister vor. Dieselbe Bestimmung gilt auch für andere Orte, wie Lyon, Versailles etc. Auch die Bewilligung zur Reise in die Departements Allier, Basses Alpes, Ardèche, Cher, Gironde, Loire, Nièvre und Var ist sehr vorsichtig zu erteilen. Nur auf Bewilligung des Polizeiministers kann ein Individuum den Aufenthaltsort von einem in das andere Departement verlegen.

Der Senat hat seine drei Ausschüsse für die Geschäftsordnung, für das Rechnungswesen und für die Petitionen gewählt. Nur die Letztere hat eine politische Bedeutung, da sie über die eingegangenen Anträge auf Wiederherstellung des Kaisertums zu entscheiden haben wird. Sie besteht aus folgenden Mitgliedern: Marshall Vaillant, Manuel, Graf Curial, Graf Siméon, Graf Beaumont (vom Somme-Departement), General de la Hitte, Fouquier d'Hérouel, Baron Heckeren, Viceadmiral Baron Hugon und Capest.

**Paris, 17. April.** Vorgestern begab sich der Prinz-Präsident, wie wir im „Moniteur“ lesen, in offener Kalesche nach Vincennes, um daselbst ein Experiment mit einem neuen System der Artillerie zu machen, das er erfunden hat. Hinaus fuhr der Prinz längs der Quais, und kehrte durch den Faubourg Saint-Antoine und über die Boulevards zurück. Im Faubourg war gerade der Lebkuchen-Jahrmarkt, und die zahlreich versammelten Arbeiter bildeten auf dem Wege Louis Napoleon's eine Hecke. Sie empfingen den Prinzen mit der lebhaftesten und tiefsten Sympathie. Ein Gefühl herrschte in der Menge vor, das der Bewunderung für das Staats-Oberhaupt, welches gegenüber den noch drohend dastehenden Parteien nicht zögert, öffentlich und ohne Escorte zu erscheinen, und also den Massen sein Vertrauen zu beweisen, die ihn gewählt haben.

Die Arbeitseinstellung der Wagner-Arbeiter ist noch nicht zu Ende. Mehrere derselben haben wieder ihre Arbeit aufgenommen, und es ist zu erwarten,

daß die meisten ihrer Kameraden diesem Beispiele folgen werden.

Im Fort Lamalgue bei Toulon hat Herr Staatsrath Quentin Bauchart am 13. d. 260 Gefangene in Freiheit gesetzt.

### Spanien.

**Madrid, 12. April.** Der Minister des Innern hat verordnet, daß allen Journalen die Geld- und Gefängnißstrafen erlassen sind, welche gegen sie ausgesprochen wurden.

Der Infant Don Sebastian, Stiefsohn des Don Carlos und Schwager der Königin Christine, hat der Königin ein Gnadengesuch überreichen lassen, worin er um die Erlaubniß zur Rückreise nach Spanien bittet.

Der gefürchtete carlistische Parteigänger Jose Luis, mit dem Spitznamen el Bou (der Schöne), ist in der Nähe von Vich den Civilwächtern in die Hände gefallen. Die Regierung ließ ihnen den auf den Kopf des Luis ausgesetzten Preis von 10.000 Reales sogleich ausbezahlen.

### Großbritannien und Irland.

**Dublin, 16. April.** Der Vicekönig, Graf Eglinton, läßt kein Mittel unversucht, um sich populär zu machen. Er besuchte mit seiner Gemalin die Viehausstellung, besichtigte Schulen, Gefängnisse u. s. w. Die Herrschaft der Tories muntert aber leider die Orangisten zu loyalen Excessen auf. Orangistische Prozeffionen sind gesetzlich verboten. Trotzdem marschirte am Ostermontag eine orangistische Bande mit Musik durch die Straßen von Connor, griff die Polizei an, die ihr die Trommel weggenommen hatte, und zwang die Constables, sich mit Flintenschüssen zu vertheidigen, wobei ein harmloser Zuschauer erschossen wurde.

### Amerika.

**Montevideo, 24. März.** Die ersten Decrete der provisorischen Regierung sind allgemein mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Das Vermögen des Rosas ist zum Eigenthum des Staates erklärt; die Spanier erhalten denselben Schutz wie alle andern Fremden; das Innere des Landes ist allen Reisenden, einheimischen wie fremden, offen, ohne daß sie eines Passes bedürfen; die rothen Bänder, Westen und andere politische Loyalitätsabzeichen sind für unnöthig erklärt u. s. w. Noch eine Menge anderer Rosas'scher Ordnonanzen ähnlicher Art sind für immer abgeschafft worden.

Aus Philadelphia, 30. März, schreibt man: Die Frage, wer Präsident wird, erscheint von Tag zu Tag verwickelter, je größer und combinirter die Anstrengungen der Parteien werden. — Kossuth ist, nach allen Berichten, eine vergessene Größe. In New-Orleans waren nicht die geringsten Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen worden. — Der Hudsonsfluß ist bis Albany vom Eise frei geworden. In früheren Jahren war dieß ein Ereigniß von größter Bedeutung. Durch Eisenbahnen und Telegraphen jedoch hat die Wasserstraße den größten Theil ihrer früheren Wichtigkeit eingebüßt.

### Neues und Neuestes.

**Wien, 22. April.** Die beschlossenen Restriktionen im Bankcredit, welche bereits gestern zu starken Zurückweisungen eingereichter Wechsel führten, sind aus dem eingetretenen Zuwachs des Portefeuille hervorgegangen. Das Portefeuille und die Vorschüsse sollen innerhalb der nächsten Monate auf 45 Mill. reducirt werden.

— In wenigen Tagen erscheint hier in zwei Bänden: „Mein Leben und Wirken in Ungarn in den Jahren 1848 und 1849“, von Arthur Görgey.

### Telegraphische Depeschen.

— **Berlin, 20. April.** Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Dänemark sind hier durch nach Dresden gereist.

— **Karlsruhe, 20. April, Abends.** Der Großherzog liegt im Sterben; sein Tod ist stündlich vorauszusehen.

— **Bern, 19. April.** Die Radicalen sind geschlagen; die Majorität der Regierung in der Abberufungsfrage beträgt 5000 Stimmen.

